S T A D T N O R D E N

Protokoll

über die Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses (05/UmwE/2013)
am 30.05.2013
im Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen

5. Bekanntgaben

6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 08.01.2013
   0449/2013/FB3
7. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung der Stadtwerke

8. AG Radverkehr; Vorstellung und Tätigkeitsbericht
   0566/2013/3.3
9. Barrierefreiheit von Verbindungswegen;
   Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen, vom 06.05.2013
   0567/2013/3.3
10. Baumpatenschaften
    0564/2013/3.3
11. Dringlichkeitsanträge

12. Anfragen

12.1. Anfragen; Überdachter Fahrradstand bei der Oberschule Norden

13. Wünsche und Anregungen

13.1. Wünsche und Anregungen; Sichtdreieck Amselstraße/Im Thuner

14. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Gent begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gent stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor. Vorsitzender Gent stellt somit die vorliegende Tagesordnung fest.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine.

zu 5 Bekanntgaben

Dipl.-Ing. Kumstel gibt die Notwendigkeit der Fällung einer geschützten Ulme auf dem Grundstück Eselspfad 10 bekannt. Ein Foto des Baumes ist diesem Protokoll beigefügt.

zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 08.01.2013
0449/2013/FB3

Es ergeht folgender Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	**Ja-Stimmen:**	**7**
	Nein-Stimmen:	**0**
	Enthaltungen:	**1**

zu 7 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung der Stadtwerke

Herr Richtstein berichtet über

- das positive Ergebnis des 1. Quartals 2013.
- den Sachstand bzgl. der Netzübernahme EWE. Eine Vereinbarung zur Entflechtung wird derzeit verhandelt.
- das Nörder Sparpaket Heizung. Nähere Informationen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ratsfrau Behnke möchte wissen, ob dieses Sparpaket auch in Altbauwohnungen Anwendung finden kann.

Herr Richtstein antwortet, dass das Zubehör einfach anzubringen ist und die Montage somit auch in Altbauwohnungen möglich ist.

Ratsfrau Lütkehus möchte wissen, wie die von Herrn Richtstein erwähnte „ferngesteuerte Fensteröffnung“ funktioniert. Darf das Fenster dafür nur angelehnt sein?

Herr Richtstein bietet an, das Verfahren in der nächsten Sitzung ausführlich vorzustellen.

Der Ausschuss begrüßt diesen Vorschlag.

zu 8 AG Radverkehr; Vorstellung und Tätigkeitsbericht
0566/2013/3.3

Sach- und Rechtslage:

Auf Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Verwaltungsausschuss die Verwaltung beauftragt eine Projektgruppe „Fahrradverkehr in Norden“ einzurichten und einen Radverkehrsbeauftragten zu bestellen.

Die Arbeitsgruppe (AG) Radverkehr wurde bereits im September letzten Jahres ins „Leben“ gerufen und trifft sich seither einmal monatlich im Gemeinschaftsraum des Bauamtes. Außerdem wurde Herr Wolfgang Hellriegel durch die Bürgermeisterin, am 21.01.2013, zum ehrenamtlich tätigen Radverkehrsbeauftragten der Stadt Norden bestellt.

Wie bereits in der Sitzungsvorlage zu Beschluss-Nr. 0385/2012/3.3 (Bestellung eines Radverkehrsbeauftragten) angekündigt, soll im Ausschuss über die Gruppenarbeit berichtet werden.

Im Einzelnen wird dazu von der Verwaltung bzw. dem Radverkehrsbeauftragten in der Sitzung vorgetragen.

Herr Wiske erläutert die Entstehung der Arbeitsgruppe Radverkehr und des Ehrenamts des Radverkehrsbeauftragten. Der Radverkehrsbeauftragte, Herr Hellriegel, stellt sich vor und erläutert die Arbeitsweise der AG Radverkehr.

Ratsfrau Carow nimmt ab 17.25 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsherr Zitting spricht sich dafür aus, dass die AG regelmäßig im Ausschuss berichtet.

Ratsfrau Kleen möchte wissen, ob die AG auch das ggf. störende Straßenbegleitgrün in ihre Betrachtungen mit einbezieht.

Dipl.-Ing. Kumstel bittet darum, störendes Begleitgrün umgehend der Verwaltung zu melden, da sich hieraus evtl. eine Gefährdung der Verkehrssicherheit ergeben könnte.

Städt. Baudirektor Memmen fügt ergänzend hinzu, dass entsprechende Mängel auch vom städtischen Straßenkontrolleur aufgenommen werden.

Ratsfrau Behnke erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. des Radweges in der Osterstraße in Höhe des Kampweges. Ihr ist zwar bekannt, dass der Landkreis zuständig ist, sie möchte jedoch sichergestellt wissen, dass dieser über die Problematik informiert ist.

Herr Wiske bestätigt die Zuständigkeit des Landkreises und erklärt, dass die Gefahrenstelle im Rahmen einer Verkehrsbereisung in Anwesenheit eines Vertreters des Landkreises besichtigt wurde. Dabei wurde die Absicht erklärt, dort für eine Verbesserung zu sorgen. Allerdings sind für eine endgültige Lösung des Problems erhebliche finanzielle Mittel aufzuwenden. Herr Wiske wird sich beim Landkreis nach dem Sachstand erkundigen.

Herr Richtstein möchte wissen, ob die AG auch Radwegekonzepte entwickelt und Tourenvorschläge erarbeitet.

Radverkehrsbeauftragter Hellriegel weist auf die Tourenvorschläge des ADFC hin.

Herr Wiske fügt ergänzend hinzu, dass sich die AG auch mit neuen Radwegen beschäftigt.

Städt. Baudirektor Memmen weist darauf hin, dass bereits bei der Bauleitplanung eine Baugebietsvernetzung durch Fuß- und Radwege eingeplant wird.

Ratsherr Schmelzle möchte von Herrn Richtstein wissen, ob die Wirtschaftsbetriebe sich mit Konzepten für den E-Bike-Tourismus (Ladestationen etc.) beschäftigen.

Herr Richtstein antwortet, dass die Wirtschaftsbetriebe sich bzgl. dieser Thematik in der Konzeptphase befinden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Barrierefreiheit von Verbindungswegen;
Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen, vom 06.05.2013
0567/2013/3.3

Sach- und Rechtslage:

Die Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 06.05.2013 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt und schlägt vor, dass der Rat unter Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Öffnung von Wegeverbindungen beschließen möge. Dabei soll die im Antrag erfolgte Auflistung von Wegeverbindungen nur beispielhaft sein, so dass letztlich alle Verbindungswege angesprochen sind, bei denen mittels sogenannter Absperrbügel bzw. Poller eine freie Durchfahrt erschwert wird.

Begründet wird der Antrag damit, dass alle Bürger die Möglichkeit erhalten sollen, alle Wege uneingeschränkt befahren zu können. Barrieren stellen im tagtäglichen Leben eine Bewegungseinschränkung dar.

Insbesondere den Interessen der Personengruppe der Mobilitätsbehinderten und Fahrradfahrer sowie Personen mit Rollator, Rollstuhl breiten Kinderwagen und Radfahrern auch mit Anhägern, soll mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen entsprochen werden.

Seitens der Verwaltung wurde der Antrag an den Radverkehrsbeauftragten der Stadt mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet. Von ihm wurde die ebenfalls in der Anlage beigefügte Stellungnahme vom 15.05.2013 abgegeben. Zudem ist der Antrag in der Arbeitsgruppe Radverkehr beraten worden.

Die Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten sieht zusammenfassend in allen im Antrag genannten Fällen eine Entfernung der den Durchgang, bzw. die Durchfahrt, beeinträchtigenden Wegsperren vor, da die jeweiligen Örtlichkeiten aus seiner Sicht keine Gefahrenstellen in sich bergen.

In der AG-Radverkehr wurde das Thema kontrovers diskutiert, zumal die Wegesperren auch nicht ohne Grund installiert worden sind. Von den Vertretern der Verwaltung sowie den Kollegen der Polizei wurde insbesondere auf beklagte Verkehrsverstöße verwiesen, die in den einzelnen Fällen zum Aufstellen der Wegesperren geführt haben. Tatsache ist, dass sich bestimmte Verkehrsteilnehmer, allein von einer entsprechenden Verbotsbeschilderung, nicht davon abhalten lassen, Verbindungswege z. B. auch mit motorisierten Zweirädern zu befahren. So werden seitens der Verwaltung im Falle einer vollständigen Entfernung aller Wegesperren entsprechende Beschwerden von ggfs. betroffenen Anliegern erwartet.

Die Arbeitsgruppe hat daher empfohlen, unter Einbeziehung des Behindertenbeauftragten sowie des Radverkehrsbeauftragten, Fahrversuche mit einem Rollstuhl und einem Fahrrad mit Anhänger zu unternehmen. Dabei soll festgestellt werden, wie die Wegesperren idealerweise aufgestellt werden müssen (Abstand, Versatz usw.), um eine bequeme Passage der angesprochenen Wegenutzer zu ermöglichen. Dabei soll gleichzeitig die Erforderlichkeit der jeweiligen Wegesperre im Einvernehmen mit der Polizei erneut kritisch begutachtet werden. Soweit bauliche Veränderungen im Bereich der verbleibenden Sperren erforderlich sind, z. B. Abstandsveränderung oder Verbreiterung der befestigten Wegefläche (um ein Kippen von Rollstühlen beim Umfahren der Sperren zu verhindern), sollen die Arbeiten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Budgets des zuständigen Fachdienstes umgesetzt werden.

Es wird daher empfohlen, den formulierten Beschluss zu fassen.

Herr Wiske erläutert, dass der Antrag auf einen Ratsbeschluss lautete, die Verwaltung jedoch

die Auffassung vertritt, dass ein VA-Beschluss ausreichend ist.

Vorsitzender Gent möchte nicht auf eine Beratung im Rat verzichten, da er der Meinung ist, dass dieses Thema viele Bürger interessiert.

Ratsfrau Lütkehus vertritt die Auffassung, dass eine Beratung im Rat nicht erforderlich und auch nicht sinnvoll ist.

Vorsitzender Gent lässt sodann darüber abstimmen, ob die Angelegenheit im Rat beraten werden soll. Mit 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen wird eine Erweiterung der Beratungsfolge beschlossen.

Nach kurzer Erörterung der Sach- und Rechtslage ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Dem Antrag wird in dem nachfolgend formulierten Umfang entsprochen:

1. **Die Verkehrsbehörde / Verwaltung wird mit der Durchführung der in der Sach- und Rechtslage beschriebenen Maßnahmen beauftragt. Dabei sind sämtliche im Stadtgebiet vorhandenen Wegesperren entsprechend zu behandeln.**

2. **Über die Wegnahme einzelner Wegesperren entscheidet die Verkehrsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen sowie im Einvernehmen mit der Polizei. Dabei sind die schutzwürdigen Interessen der Anlieger sowie die Belange der Verkehrssicherheit ausreichend zu berücksichtigen.**

Stimmergebnis:	**Ja-Stimmen:**	**9**
	Nein-Stimmen:	**0**
	Enthaltungen:	**0**

3. Die Beratungsfolge ist um den Rat zu erweitern.

Stimmergebnis:	**Ja-Stimmen:**	**5**
	Nein-Stimmen:	**4**
	Enthaltungen:	**0**

zu 10 Baumpatenschaften
0564/2013/3.3

Sach- und Rechtslage:

In der Stadt Norden soll Bürgern über Baumpatenschaften die Möglichkeit gegeben werden, anlehnend an das dargestellte Goslarer Konzept mittels einer einmaligen Spende einen Baum im Stadtgebiet pflanzen zu lassen (vgl. Beschluss-Nr. 0203/2012/3.3 und 0203/2012/3.3/1).

Für jede Baumspende in Höhe von 400,- € trägt die Stadt Norden einen Eigenanteil von 200,- € bei. Mit Veröffentlichung der Haushaltssatzung Ende April 2013 werden für das Jahr 2013 Haushaltsmittel in Höhe von 4.000,- € für den erforderlichen Eigenanteil der Stadt Norden bereitgestellt. Beginnend mit der Pflanzsaison Herbst 2013 kann die Aktion „Bürgerbäume für die Stadt

Norden“ somit starten.

In der Sitzung wird ein Flyer vorgestellt, der zwecks Bekanntmachung der Spendenaktion veröffentlicht werden soll. Der Flyer beschreibt die Aktion Bürgerbäume, fordert zum Spenden auf und erläutert die Vorgehensweise sowie mögliche Baumstandorte. Aufgrund vorhandener Leitungen wurde das Baumkataster (Stand Oktober 2012) geringfügig geändert und ergänzt.

Mit Veröffentlichung des Flyers wird die Aktion in der Presse und auf der Internet-Seite der Stadt bekanntgegeben. Desweiteren soll dann eine Urkunde präsentiert werden, die als Dankeschön ausgehändigt wird. In der Urkunde werden Spender/In, evtl. Beschenkte/r, Standort des Baumes und Baumart aufgeführt.

Dipl.-Ing. Kumstel gibt den Entwurf eines Flyers zu diesem Thema in die Runde.

Vorsitzender Gent schlägt vor, dass der Rat die Patenschaft für den 1. Bürgerbaum übernimmt. Er bittet, darüber in den Fraktionen zu beraten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11 Dringlichkeitsanträge

Keine.

zu 12 Anfragen

zu 12.1 Anfragen; Überdachter Fahrradstand bei der Oberschule Norden

Ratsfrau Lütkehus möchte wissen, wann mit der Umsetzung des Projekts „Überdachter Fahrradstand bei der Oberschule Norden“ zu rechnen ist.

zu 13 Wünsche und Anregungen

zu 13.1 Wünsche und Anregungen; Sichtdreieck Amselstraße/Im Thuner

Ratsfrau Lütkehus weist darauf hin, dass die Grünanlage im Kreuzungsbereich Amselstraße/Im Thuner eine erhebliche Sichtbehinderung darstellt. Sie bittet darum, einen Rückschnitt zu veranlassen.

zu 14 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Gent schließt die öffentliche Sitzung um 18.17 Uhr.

Der Vorsitzende	Die Bürgermeisterin	Die Protokollführerin
gez.	gez.	gez.
- Gent -	- Schlag -	- Swyter -